



Niederschrift

**über die Sitzung
des Schulträgersausschusses
am 23.09.2010**

Anwesend

- Vorsitz

Kurt Merkator

- Mitglieder

Stadtratsmitglieder

Gunther Heinisch
Nico Klomann (Vertretung für Frau Rößner)
Nadya Konrad
Norbert Solbach (Urkundsperson)
Karin Trautwein
Sissi Westrich (Urkundsperson)
Cornelia Willius-Senzer

Lehrervertreter

Joachim Bliemeister
Dagmar Brandmüller
Margitt Dahm
Ibolya Havel-Scheuermann
Christel Liefke
Valeriano Sierra Haupt
Armin Mößmer
Erwin Steilen

Elternvertreter

Ingrid Braun
Ralph Heinrichs
Manfred Ladwig
Ruth Ludwig
Anja Selle-Uersfeld

Vertreter Arbeitnehmer

Ludwig Julius

Stadtschülerrat

Philipp Morten Martin

- Von der Verwaltung

Herr Hauf, Dezernat IV
Frau Grosse, Dezernat VI
Frau Konrad, Dezernat VI
Frau Henkel, Amt 40
Herr Becker, Amt 40
Herr Cartus, Amt 50
Herr Schneider, Amt 65
Herr Korte, GWM

- Gäste

Herr Krämer-Mandea
Herr Poignie, IGS Anna Seghers
Herr Reuther, BBS III
Herr Sternal, BBS I
Herr Strupp, IGS Anna Seghers

- Schriftführung

Ulf Cöster

Entschuldigt fehlen

Klaus Heck
Tabea Rößner, MdB

Tagesordnung

a) nicht öffentlich

1. Entscheidung über die öffentliche Behandlung der Punkte 2 bis 8

b) öffentlich

2. Schulentwicklungsplanung an Berufsbildenden Schulen
3. Ausbau der IGS Anna-Seghers (Vierzügigkeit, Oberstufe, Ganztagschule)
4. Prävention gegen Amok-Läufe an Schulen und Sachstandsbericht zum Antrag Nr. 0374/2010 der CDU-Fraktion
5. Einrichtung von neuen Ganztagschulen in Angebotsform zum Schuljahr 2011/12
6. Schulbuchausleihe
7. Sachstandsbericht zum Antrag Nr. 152/2006 der FDP-Stadtratsfraktion
8. Mitteilungen/Verschiedenes
9. Einwohnerfragestunde

c) nicht öffentlich

10. Personalsituation Amt 40
11. Prävention gegen Amok-Läufe

öffentlich

Punkt 2 Schulentwicklungsplanung an Berufsbildenden Schulen - mündliche Berichterstattung durch Herrn Krämer-Mandau

Herr Krämer-Mandau präsentiert die aktuelle Schulentwicklungsplanung für den Bereich der Berufsbildenden Schulen. Die Stadt Mainz verzeichne steigende Schülerzahlen, während die Zahlen für den Landkreis Mainz-Bingen rückläufig seien. Deshalb schlägt er vor, in Diskussion zwischen den beiden Schulträgern zu treten.

Frau Konrad fragt nach genauen Prognosen.

Herr Krämer-Mandau antwortet, dass Prognosen vorlägen. Im Landkreis würden die potentiellen Schülerzahlen wegbrechen, in Mainz steigen. Man müsse auch die Landkreise Alzey-Worms, Groß-Gerau und die Stadt Wiesbaden in den Dialog einbeziehen.

Herr Solbach sieht Handlungsbedarf, den die Politik zu gestalten habe, unter Beachtung komplexer Fragestellungen zu den Themen Kammern, Betriebe, Schulbezirksgrenzen, bauliche Gegebenheiten etc..

Frau Havel-Scheuermann fragt nach den Empfehlungen des Planers und künftigen Vorstellungen der Verwaltung.

Herr Merkator berichtet, dass Gespräche geführt wurden, allerdings noch keine genauen Ergebnisse vorliegen. Man werde mit allen Beteiligten die Thematik erörtern, sobald Genaueres vorläge. Die Empfehlungen des Planers basierten auf intensiven Gesprächen zwischen allen Beteiligten.

Frau Willius-Senzer schlägt zeitnahe Gespräche vor und fragt nach den zeitlichen Vorstellungen der Verwaltung.

Herr Merkator kündigt kurzfristige Diskussionen an.

Herr Heinisch regt an, dass auch die Schüler- und Lehrervertretungen mit einbezogen werden.

Herr Merkator erwähnt, dass zunächst eine Gesprächsebene Schulleitung, Verwaltung und ADD vorgesehen sei. Erst danach würden weitere Beteiligte einbezogen.

Frau Konrad bittet, neben der Präsentation auch die Zahlen in Tabellenform nachzureichen.

Herr Merkator sagt zu, dass der Schulentwicklungsplan komplett in der Sitzung am 23.11.2010 vorgestellt und ausgeteilt wird.

Punkt 3 Ausbau der IGS Anna-Seghers (Vierzügigkeit, Oberstufe, Ganztags- schule) Sachstandsbericht und Entscheidung über die Ausbauvariante Vorlage: 1673/2010

Herr Merkator teilt mit, dass die ADD-Genehmigung für den Ausbau zu einer vierzügigen Ganztagschule mit Oberstufe am Standort IGS Anna-Seghers vorläge. Es ergebe sich eine Kostensteigerung auf 11,4 Mio. €, das Projekt wurde deshalb zunächst angehalten.

In der Beschlussvorlage sei ein Ausbau am Standort Berliner Siedlung vorgesehen. Dies sei der ADD gestern vorgestellt worden, die grundsätzliches Einverständnis signalisiert habe.

Frau Dezernentin Grosse stellt die neuen zukunftsfähigen Planungen anhand eines Luftbildes und eines Lageplans dar. Es müssten 19,5 Mio. € investiert werden, wobei als 1. Bauabschnitt auf dem jetzigen Sportplatz ein Gebäude für die Mensa, die GPE-Küche sowie 10 Klassenräume vorgesehen sei (Kosten 7,1 Mio. €). Im 2. Bauabschnitt sei eine Erweiterung des neuen Gebäudes geplant, im 3. Bauabschnitt die Aufstockung des Gebäudes mit einem 3. und 4. Obergeschoß. Die jetzigen „Riegelbauten“ müssten abgerissen werden, da die Sanierungskosten für diese beiden Schulgebäude unangemessen hoch seien. Damit könnte weiterer Raum gewonnen werden.

Herr Poignie weist darauf hin, dass die vorgestellte Planung für die Schulleitung und das Kollegium neu sei. Er verliest eine Stellungnahme der Schule. Er bittet um Genehmigung des Gesamtvolumens und zeitnahe Umsetzung, auch die integrativen Gesichtspunkte der Schule seien zu berücksichtigen. Er fragt, weshalb die Kosten so gestiegen seien, wie der Zeitplan sei, welche Übergangslösungen geplant seien, was mit den Gebäuden A, B, und C passiere und wann die Sporthalle realisiert werde.

Herr Merkator weist auf die Beschlussvorlage hin, in der die Kosten enthalten seien. Die Sporthalle sei derzeit nicht im Haushalt enthalten, sie müsste zu gegebener Zeit angemeldet werden. Zu beachten sei auch der Bundeswehr-Standort in unmittelbarer Nähe.

Frau Grosse präsentiert kurz den Masterplan für die Schule. Bei Abriss der „Riegelbauten A und B“ wäre dort Platz für eine eventuelle Sporthalle oder ein Kleinspielfeld. Auch könne die Interimsmensa als Gymnastikhalle genutzt werden. In den 19,5 Mio. € seien die Zuwegung über die Geschwister-Scholl-Straße sowie Parkplätze enthalten. Der 3. Bauabschnitt betreffe den Ersatz für die beiden erwähnten Gebäude A und B. Eventuell könnten die beiden Bauabschnitte 2 und 3 zusammengefasst werden. Der laufende Schulbetrieb sei von den Baumaßnahmen fast nicht tangiert.

Herr Julius bemängelt die unzureichenden Planungen der Verwaltung in der Vergangenheit. Er fordert, dass nun zeitnah die Planungen umgesetzt werden. Er bittet, die Planung der Bauabschnitte zeitnah festzulegen, die Schulleitung solle fortlaufend über alle Schritte informiert werden. Ein verlässlicher Zeitplan solle aufgestellt werden.

Herr Merkator bestätigt, dass mit dieser Vorlage das Provisorium beendet sei, falls alle Gremien zustimmen würden.

Frau Grosse unterstreicht, dass in beiden Dezernaten dieses Projekt zur Chefsache erklärt worden sei. Man habe sehr schnell diese Planungen erstellt. Nach Bewilli-

gung der Mittel könne man sofort anfangen, in die Planungen einzuschreiten. Zu den Projektgesprächen seien auch die Schulleitungen mit eingeladen.

Herr Nur fragt nach der kurzfristigen Sportsituation an der Schule.

Herr Merkator erklärt, dass kurzfristig gemäß der Sportkonzeption der Sportunterricht in benachbarten Hallen durchgeführt werden soll, allerdings sei mit Einschränkungen zu rechnen.

Herr Solbach fragt nach, ob die Kosten für die Erschließung in den Planungen enthalten sind.

Herr Merkator stellt klar, dass das Gesamtprojekt als eine Maßnahme angemeldet und in den Etat eingestellt werden soll. Durch die Vorlage der einzelnen ADD-Genehmigungen sei dies jetzt faktisch eine Pflichtaufgabe, die dann auch haushalterisch durchgeführt werden müsste.

Frau Grosse erklärt, dass Baurecht vorhanden sei, allerdings noch kein Bauantrag gestellt werden könne, da noch keine Gremienbeschlüsse vorliegen. Die Erschließung sei in den 19,5 Mio. € enthalten, ebenso die Sanierung der bestehenden Gebäude.

Herr Mößmer fragt, inwieweit die umliegenden Schulen tangiert seien, z.B. die GS Berliner Schule und die Windmühlenschule. Er spricht auch die ungenügende Sportsituation an.

Herr Merkator bemerkt, dass sich die Baumaßnahmen allein auf die IGS beziehen. Für eine Sporthalle seien ca. 3,6 Mio. € zu veranschlagen. Eine Auflösung der Grundschule sei nicht gegen den Willen der Schule geplant.

Frau Trautwein fragt nach Auswirkungen auf andere Pflichtaufgaben durch die
19,5 Mio. € Maßnahme.

Herr Merkator verneint dies.

Herr Julius fragt, ob nach der Finanzierung in 2011/12 in der mittelfristigen Finanzplanung die Baumaßnahmen erst 2018 realisiert würden.

Herr Merkator weist auf mögliche „Verpflichtungsermächtigungen“ in den Haushalten hin, wodurch früher auf Mittel in Folgejahren zurückgegriffen werden kann.

Er schlägt vor, den TOP 9 (Einwohnerfragestunde) nach der Abstimmung vorzuziehen. Die Ausschussmitglieder sind einverstanden.

Der neue Beschlussvorschlag soll lauten:

„ Die städtischen Gremien nehmen die Prüfergebnisse zur Kenntnis. Die IGS Anna Seghers wird gemäß der im Lösungsvorschlag aufgeführten Variante ausgebaut. Die für diese Variante erforderlichen Haushaltsmittel werden **für** den Doppelhaushalt 2011/12 und die mittelfristige Finanzplanung bis 2015 nachgemeldet.“

Bei einer Enthaltung wird der Beschlussvorlage mit dem geänderten Beschlussvorschlag mit 16 Ja-Stimmen zugestimmt.

Punkt 9 **Vorgezogene Einwohnerfragestunde**

Herr Schlösser (Elternbeirat der IGS Anna Seghers) dankt der Verwaltung und bittet um Gespräche mit den Dezernenten.

Herr Merkator sagt dies zu.

Es wird gefragt, wann die Baumaßnahme abgeschlossen sein wird und ob die Gefahr bestehe, dass dieses Projekt noch gestoppt werden könne.

Frau Grosse erwähnt, dass mit einer Mindestbauzeit von 2 Jahren zu rechnen sei. Sie sagt zu, zu prüfen, ob und an welcher Stelle weitere zeitliche Einsparungen eingebaut werden könnten.

Herr Merkator erklärt, dass nach dem Baubeginn kein Stopp der Maßnahme zu erwarten sei.

Am 27.11.2010 findet ein Informationstag an der IGS Anna Seghers statt. Es wird darum gebeten, dass an diesem Tag eine Planung vorgestellt werden könne.

Herr Merkator sagt zu, dass ab sofort die jetzigen Planungen zur Verfügung stehen werden.

Punkt 4 **Prävention gegen Amok-Läufe an Schulen und Sachstandsbericht zum Antrag Nr. 0374/2010 der CDU-Fraktion betreffend Sicherheitstechnische Ausrüstung der Mainzer Schulen**
Vorlage: 1663/2010

Die Beschlussvorlage wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Punkt 5 **Einrichtung von neuen Ganztagschulen in Angebotsform zum Schuljahr 2011/12**
Vorlage: 1644/2010

Der Vorsitzende stellt die Vorlage vor.

Herr Ladwig fragt nach den Ergebnissen der Abfrage an Mainzer Grundschulen, welche Grundschulen Interesse am Ganztagsbetrieb hätten.

Herr Merkator teilt mit, dass sich nur die GS Berliner Schule gemeldet hatte.

Punkt 6 **Schulbuchausleihe**
- mündlicher Erfahrungsbericht

Herr Cöster erläutert den derzeitigen Sachstand anhand einer Präsentation.

Frau Willius-Senzer bittet um Vorlage der endgültigen Kostenübersicht.

Frau Liefke erklärt, dass von den Schulsekretärinnen 4 Wochen lang nur die „Schulbuchausleihe“ bearbeitet wurde, d.h. es fielen nicht nur Mehrarbeitsstunden an, sondern die Arbeiten wurden auch während der „normalen“ Dienstzeit erledigt. Sie spricht die Befürchtung der Sekretärinnen über eine mögliche Urlaubssperre im nächsten Jahr aus.

Frau Henkel erklärt, dass dies ein Missverständnis aus der letzten Besprechung mit den Schulsekretärinnen sei, das mittlerweile klargestellt wurde.

Herr Merkator teilt mit, dass alle tatsächlich angefallenen Stunden erfasst und dem Land in Rechnung gestellt würden.

Herr Sierra-Haupt spricht die Rückgabe und Kontrolle der Bücher an.

Frau Henkel berichtet, dass der Schulträger die Organisation der Rückgabe sicherzustellen habe, dies könne nur in enger Abstimmung mit den Sekretärinnen und anderen städtischen Ämtern erfolgen. Das Land habe bislang mitgeteilt, dass nur die „üblichen Gebrauchsspuren“ akzeptiert würden. Im laufenden Schuljahr habe das Land eine Pauschale von 9,00 € pro teilnehmendem Schüler festgelegt, im kommenden Jahr gebe es pauschal 7,50 €, wobei die Rückgabe zusätzlich organisiert werden müsse.

Herr Mößmer erklärt, dass die Materialien in Grundschulen eher „verbraucht“ werden, es gebe so gut wie keine Bücher, sondern Arbeitshefte. Er stellt deshalb dieses Verfahren für Grundschulen in Frage.

Laut Herrn Julius müsse es Ziel sein, die Schulen möglichst wenig zu belasten.

Herr Poignie weist auf die doppelte Belastung durch die Rückgabe im kommenden Jahr hin.

Herr Steilen bittet darum, ein großes Lob an die Schulsekretärinnen weiterzugeben. Er bemängelt den Einsatz der Software (Online-Portal) ohne Testphase.

Herr Bliemeister teilt mit, dass auch Lehrkräfte viele Stunden Arbeitsleistung eingebracht hätten. Er fragt, ob der Schulträger eine derartige Abfrage starten könnte.

Herr Merkator weist darauf hin, dass eine „Abrechnung“ mit dem Land für diese Leistungen nicht erfolgen könne.

Frau Havel-Scheuermann regt eine Arbeitsgruppe an, die Lösungen für die Schulbuchausleihe an Berufsbildenden Schulen finden sollte.

Frau Henkel nimmt das Angebot gerne an und erklärt, dass man auf die Schulen dann zukommen werde, wenn es im Projektablauf sinnvoll scheine.

Punkt 7 **Sachstandsbericht zum Antrag Nr. 152/2006 der FDP-
Stadtratsfraktion betreffend
Hauptschulen stärken, Hauptschülerinnen und -schüler fördern,
Vermittlung von Berufspraktika erleichtern
Vorlage: 1652/2010**

Frau Willius-Senzer sieht nicht, dass der Antrag erledigt sei, da die Hauptschüler immer noch existent seien. Der Antrag sollte auf Wiedervorlage genommen werden.

Herr Sierra Haupt weist darauf hin, dass 3 Schulen (Ludwig-Schwamb, Theodor-Heuss, Fritz-Straßmann) noch keinen Jobfux hätten. Er bittet darum, an diesen 3 Schulen einen Jobfux mit je ca. 5 Stunden pro Schule für einen Zeitraum von 2 bis 2,5 Jahren einzusetzen.

Herr Julius bittet darum, die Jobfüxe an den Realschulen plus weiterhin anzubieten und auszubauen.

Herr Merkator teilt mit, dass dies Teil des Konzeptes sei, das demnächst im Jugendhilfeausschuss behandelt werde. Er sagt eine Wiedervorlage des Antrags in einem halbem Jahr zu.

Punkt 8 **Mitteilungen/Verschiedenes**

Herr Merkator weist auf ein Schreiben der CDU-Fraktion mit folgenden Themen hin.

Schulsportanlage Ebersheim:

Die GWM habe eine Planung (Kosten ca. 180.000,- €) veranlasst, die Fläche sei allerdings nicht der GWM gewidmet. Haushaltsmittel seien nicht eingestellt. Eine Möglichkeit zur Finanzierung wäre die Beteiligung der Schule am Ganztagsprogramm.

Inwieweit wirkt sich der nicht genehmigte Haushalt auf Schulbaumaßnahmen (z.B. das Frauenlobgymnasium) aus?

Begonnene Baumaßnahmen seien nicht tangiert. Problematisch sei der Wirtschaftsplan der GWM, bei dem 4 Mio € gesperrt seien. Deshalb seien 4 Schulprojekte aus diesem Wirtschaftsplan noch nicht begonnen.

Her Merkator teilt den nächsten Termin des Schulträgerausschusses am 23.11.2010, 16.00 Uhr, mit.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 18.50 Uhr.

.....
Vorsitz

.....
Schriftführung

.....
Urkundsperson

.....
Urkundsperson